

## D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

### DGAA Deutschland

#### DEUTSCHLAND <SBZ>

1946 - 1952

#### Parlamentarismus

#### Brandenburg; Thüringen

- 17-1 ***Zwischen Opposition und Blockpolitik*** : die "bürgerlichen" Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946 - 1952) / Michael C. Bienert. - Düsseldorf : Droste, 2016. - 595 S. : Ill., Diagramme ; 23 cm. - (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien ; 171). - Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 2013/14. - ISBN 978-3-7700-5330-8 : EUR 65.00  
[#5028]

Die Landtage, die während der Jahre 1946 - 1952 in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone bestanden, haben in der historischen Forschung bislang nur wenig Aufmerksamkeit erhalten. Selbst manche Überblicksdarstellung zur Geschichte der DDR benennt sie nicht oder nur am Rande.

In der DDR-Geschichtsschreibung galten diese Landtage lediglich „als zeitweiliges Zugeständnis an die alten ‚bürgerlichen‘ Kräfte, ... [denen der] Übergang in den Sozialismus erleichtert werden sollte“ (S. 16). Darüber hinaus finden sich in der westdeutschen Geschichtsschreibung hinsichtlich der Landtage folgende Einschätzungen: „Vorspiel des anschließenden SED-Staates ..., ein demokratisches Experiment im ‚Schatten der Diktatur‘ (zit. S. 17 in Anlehnung an ein Diktum E. Holtmanns). An anderer Stelle wurden die Landtage als „bedeutungslose Einrichtung charakterisiert“ (ebd., in Anlehnung an eine entsprechende Einschätzung Ernst Lemmers), genauso wie man davon ausging, daß die Existenz der Landtage lediglich als eine zeitweilig aufgesetzte Maske zu verstehen war, hinter der die wahren Absichten der SED verborgen wurden.

Natürlich gingen von den Landtagen der sowjetischen Besatzungszone keine längerfristigen Wirkungen vergleichbar den Landtagen in den drei westlichen Besatzungszonen aus. Gleichwohl unternimmt Michael C. Bienert erfolgreich den Versuch nach dem Selbstverständnis, der Arbeitsweise und dem Wandlungsprozeß der beiden exemplarisch herausgegriffenen Landtage in Brandenburg und Thüringen zu fragen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Inhaltsverzeichnis: <http://d-nb.info/1113200553/04>

Dabei kann der Autor erfolgreich nachweisen, daß die Landtage während ihres Bestehens durchaus eigene Dynamiken entfalteten, oder korrekter formuliert, die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien CDU und der liberalen LDPD über einige Zeit bestrebt waren, eigene Impulse zu setzen. Neben dem Blick auf Tätigkeit und Wandlung der Parlamente versteht sich die Studie Bienerts auch als ein Beitrag zur Beantwortung der Frage, wie auf regionaler Ebene gegen widerstrebende „bürgerliche Kräfte“ die SED-Diktatur durchgesetzt wurde.

Zunächst einmal kann Bienert zeigen, daß sowohl die Entstehung als auch die Auflösung der Landtage letzten Endes auf die deutschlandpolitische Konzeption der sowjetischen Besatzungsmacht zurückging. So kam es im Jahr 1946 zur Einberufung von Beratenden Versammlungen sowie schließlich der Landtage in den Ländern der SBZ, da die Sowjetunion den Anschluß an parallele Entwicklungen in den Ländern der westlichen Besatzungszonen nicht verlieren wollte. Es war also die Konkurrenzsituation zu den drei westlichen Besatzungsmächten, die überhaupt die Grundlage für die Schaffung von Landesparlamenten und schließlich für die Verabschiedung von Verfassungen in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone bildete.

Auch „die Auflösung der Länder in der DDR im Juli 1952 stand ebenfalls unter dem Primat der sowjetischen Deutschlandpolitik“ (S. 540). Nachdem es nicht zu der in den Noten Stalins propagierten Schaffung eines angeblich neutralen Deutschland gekommen war, sondern vielmehr sich zwei deutsche Staaten konsolidierten, bedurfte es der Landesparlamente nicht mehr, um so mehr als es bereits in den vorangegangenen Jahren in der DDR zu erheblichen Zentralisierungsprozessen gekommen war.

Anschaulich legt Bienert dar, wie schon bei der Entstehung der Parlamente bzw. den ersten Wahlen im Jahr 1946 allenfalls mit sehr großen Einschränkungen von freien Wahlen gesprochen werden konnte. Auf der einen Seite wurde die SED von der sowjetischen Militäradministration (SMA) ganz offen unterstützt, bspw. bei der Verteilung von Treibstoff oder Papier. Gleichzeitig sahen sich die „bürgerlichen Parteien“ Verleumdungskampagnen der SED ausgesetzt, unterlagen der Zensur oder wurden beim Aufbau von Organisationen auf Ortsebene durch die SMA behindert. Auch mußte die LDPD in Brandenburg darauf verzichten, den ursprünglich als Spitzenkandidaten vorgesehenen Wilhelm Falk aufzustellen.

Trotz dieser Behinderungen im Wahlkampf gelang es der SED nicht, als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervorzugehen. Zum Entsetzen der SED verfügten CDU und LDPD im Brandenburger Landtag sogar über eine knappe Mehrheit. Anschaulich legt Bienert im folgenden dar, wie es der SED im Zusammenspiel mit der ebenfalls im Landtag vertretenen und ihr nahestehenden VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) gleichwohl gelang, sich sämtliche Schlüsselposition zu sichern. Zunächst einmal wurden die Präsidentenstühle (wobei dies durchaus der parlamentarischen Tradition entsprach) mit einem Vertreter der SED als stärkster Fraktion besetzt. Im Rahmen seiner Darstellung macht Bienert den Leser mit den beiden ehemaligen Sozialdemokraten, Friedrich Ebert (Sohn des gleichnami-

gen ehem. Reichspräsidenten) und August Frölich, bekannt, die an die Spitze der Parlamente in Potsdam bzw. Weimar traten. Beide Politiker genossen überparteilich ein gewisses Ansehen und waren zeitweilig bereit, Parlamentsrechte zu artikulieren, auch in Auseinandersetzung mit übergeordneten Stellen in der SED oder der SMA. In allen entscheidenden Punkten jedoch ordneten sich Ebert und Frölich letzten Endes der Raison ihrer Partei unter und setzten sich notfalls auch über die von ihnen ja selbst mit ausgearbeiteten Geschäftsordnungen der Landtage hinweg.

Auch bei der Stellenbesetzung in der Landtagsverwaltung und bei der Vergabe der Sitze bzw. des Vorsitzes in Parlamentsausschüssen gelang es der SED, erfolgreich ihre Interessen zu wahren oder anders formuliert: Trotz der, zumindest rechnerischen, Mehrheit der „bürgerlichen“ Kräfte im Potsdamer Landtag gelang es der SED, auch in dieser Hinsicht die entscheidenden Posten nach ihrem Wunsch zu besetzen.

Die Darstellung Bienerts schildert weiter einerseits das Selbstverständnis der „bürgerlichen“ Abgeordneten, andererseits die breite Palette von Möglichkeiten, wie es der SED immer wieder im Zusammenspiel mit bzw. gedeckt durch den Rückhalt bei der SMA gelang, „bürgerliche“ Kräfte mürbe zu machen: So waren die Abgeordneten von CDU und LPDB durchaus von der Überzeugung beseelt, Verantwortung übernehmen zu wollen, bestimmte bürgerliche Rechtsbegriffe wie auch die Interessen der Bevölkerung verteidigen zu wollen. Gleichzeitig hoffte man, daß es ein baldiges Ende der sowjetischen Besatzungszeit geben werde und daß damit zugleich das Ende der SED-Dominanz erreicht sein werde. Dabei wollten die „bürgerlichen“ Abgeordneten keineswegs nur negieren, sondern waren der Überzeugung, an der einen Stelle Zugeständnisse machen zu müssen, um an der anderen ihren Standpunkt wahren zu können. Tatsächlich kam es innerhalb der Landtage zu bisweilen scharfen Auseinandersetzungen, so wenn es bspw. um die Frage der Verstaatlichung der Bodenschätze ging, um das Gesetz zur Unterbrechung der Schwangerschaft oder um die Herabsetzung des Wahlalters gestritten wurde. Ebenfalls umstritten war die Frage, ob die Übergangsgesetze, d.h. Regelungen, die vor Einberufung der Parlamente durch die Landesregierung getroffen worden waren, einer nachträglichen parlamentarischen Billigung bedurften. Ein weiteres Streitthema in den Landtagen bildete schließlich 1948 die Verabschiedung des Zweijahresplanes. Bienert macht deutlich, daß in allen genannten Gesetzesvorhaben die „bürgerlichen“ Parteien zunächst einmal keineswegs klein beigaben und ihre Kritik zwar in der Tonart moderat, gleichwohl nicht ohne Nachdruck formulierten – und dennoch: Von Beginn an waren die „bürgerlichen“ Kräfte in vielfacher Hinsicht deutlich unterlegen. So fehlte es vielen „bürgerlichen“ Abgeordneten an parlamentarischer Erfahrung, auch organisatorisch war die SED weit voraus. Hinzu trat ein breites Spektrum an Beeinflussungs- und Manipulationsmechanismen seitens der Einheitspartei. So wurde bereits im Vorfeld der Parlamentsberatungen bspw. im Zusammenhang mit parlamentarischen Abenden, im Ältestenrat oder ganz direkt durch die SMA auf die „bürgerlichen“ Politiker eingewirkt, wurden diesen „Ratschläge“ erteilt oder Druck ausgeübt, wenn bspw. Vertreter der SMA an den Fraktionssit-

zungen der „bürgerlichen“ Parteien teilnahmen. In gleicher Weise versuchte die SED die „bürgerlichen“ Parteien zu unterwandern oder doch mindestens zu manipulieren, indem sie den Kontakt zu „fortschrittlichen“ Abgeordneten innerhalb der „bürgerlichen“ Parteien suchte, um diese für ihre Ziele zu gewinnen. Eine andere Strategie bestand schließlich darin, daß die SED den Kontakt zur jeweils drittstärksten Partei in den Landtagen suchte, in jedem Fall sollte die Entstehung eines „Bürgerblocks“, d.h. eines Zusammengehens der „bürgerlichen“ Kräfte verhindert werden.

Auch das Auftreten der Regierungen gegenüber den Landtagen zielte letztlich darauf, die Handlungsmöglichkeiten der „bürgerlichen“ Parteien einzuschränken. In den Regierungen hatte selbstverständlich die SED stets die Schlüsselressorts inne, vor allem das Innenressort. Die SED-Innenminister fühlten sich den Landtagen nicht verantwortlich bzw. kamen ihrer Berichtspflicht gegenüber den Parlamenten nicht nach. Wurde somit das parlamentarische Überwachungsrecht verkümmert, so war es auch mit dem Königsrecht der Parlamente, dem Budgetrecht, nicht allzu weit her: Denn die Aufstellung der Haushaltspläne mußte entsprechend den Vorgaben der SMA erfolgen.

Waren somit die parlamentarischen Rechte, die ja eigentlich in den Verfassungen gesichert waren, von vornherein beeinträchtigt, so war die SED bis Juli 1958 gleichwohl immer noch bereit, einige parlamentarische Grundregeln einzuhalten – sofern das von ihr letztendlich angestrebte Ergebnis erzielt wurde. Einen tiefen Einschnitt bildete jedoch die SED-Konferenz in Werder, so Bienert, im Juli 1948. Hier verkündete Walter Ulbricht, daß „die Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus“ nunmehr überwunden werden müßten (S. 550). Bereits zuvor hatten die Landtage durch die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) eine ganze Reihe von Kompetenzen abgeben müssen oder mit anderen Worten: Es war zu einem erheblichen Zentralisierungsschub gekommen. Nunmehr verloren die Parlamente jedoch immer mehr Aufgaben, ja wurden in ihrer Tätigkeit regelrecht ausgetrocknet. Gemäß den Ausführungen Ulbrichts sollte in den Parlamenten lediglich noch über die Organisation des Feuerlöschwesens beraten werden. Tatsächlich nahm die Anzahl der Sitzungen wie auch deren Länge erheblich ab.

War die SED schon zuvor gegen mißliebige Abgeordnete vorgegangen, so begann nunmehr eine regelrechte Säuberungswelle, die gemäß den Ausführungen Bienerts regelrecht nach Schema ablief. Gegen mißliebige „bürgerliche“ Abgeordnete wurden Vorwürfe erhoben, die sich in den meisten Fällen nicht auf deren Abgeordnetentätigkeit, sondern gegen ihre Arbeit im kommunalen Rahmen richtete, sei es als Bürgermeister oder Gemeinderäte. Eine der SED nahestehende lokale Zeitung machte Stimmung gegen den jeweiligen Abgeordneten, der schlußendlich als untragbar dargestellt wurde. Weigerte sich der Abgeordnete, sein Mandat niederzulegen, wurde auf die Landesparteileitung Druck gemacht, vielen Abgeordneten blieb am Ende lediglich Mandatsverzicht und Flucht. Immer seltener gewährte die parlamentarische Immunität den Abgeordneten noch Schutz.

Dieses Vorgehen führte bei den „bürgerlichen“ Fraktionen zu einem hohen Maß an Fluktuation innerhalb der Landtagsfraktionen. Vor allem fehlten immer mehr profilierte Köpfe, die Hinterbänklern eine Richtung gewiesen hätten und die bereit gewesen wären, den Angriffen der SED zu widerstehen. Einen weiteren Schritt im Gleichschaltungsprozeß der Landtage bildeten zuletzt die von der SED inszenierten Wahlen des Jahres 1950. Bienert macht deutlich, wie sehr bereits im Vorfeld auch die Kandidaten der „bürgerlichen“ Parteien jetzt von der SED ausgesucht wurden. Nachdem übrigens unter fadenscheinigen Gründen die Landtagswahlen des Jahres 1950 um ein Jahr hinausgezögert worden waren, gab es bei diesen Wahlen schon gar keine Konkurrenzsituation mehr. So konnten die Parteien nicht mehr mit eigenen Listen antreten. Vielmehr wurde dem Wähler eine Einheitsliste präsentiert. Auf dieser waren hinter der SED die CDU und LPDP zwar mit gleicher Abgeordnetenzahl als jeweils zweitstärkste Kraft vertreten, jedoch gingen die „bürgerlichen“ Fraktionen in den Landtagen nunmehr vollkommen unter gegenüber den zahlreichen der SED nahestehenden Massenorganisationen, die nunmehr ebenfalls Einzug in die Landtage erhielten. Sitz und Stimme in den Landtagen erhielten zudem auch Parteineugründungen wie die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) oder die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), die von Seiten der SED als Konkurrenzgründungen zu den „bürgerlichen“ Parteien inszeniert worden waren.

Zwischen 1950 und 1952 saßen jetzt tatsächlich auf Seiten der „bürgerlichen“ Parteien nur noch angepaßte Parlamentarier in den Landtagen. Auch hatten die Landtage selbst kaum mehr Kompetenzen. Abgeordnete wurden nunmehr „als Berichterstatter während der landesweiten Mobilisierungskampagnen in der Landwirtschaft oder bei der Umsetzung der so genannten Wähleraufträge“ (S. 551) verwendet. Zugleich wurden die Landtage zu Akklamationsforen der Deutschlandpolitik der SED. Dabei wurde stets der Versuch unternommen, Kontakte zu westdeutschen Parlamenten zu knüpfen, die freilich auf keinerlei Resonanz stießen.

Bienert legt eine treffliche Studie zur Arbeitsweise der Landtage in Brandenburg und Thüringen vor. Er kann dabei überzeugend nachweisen, wie tatsächlich, wenn auch von Beginn an chancenlos, seitens der „bürgerlichen“ Parteien der Versuch gemacht wurde, gestaltend zu wirken und die Interessen der Bevölkerung zu artikulieren. Es wird jedoch deutlich, wie deren ohnehin von Beginn an sehr enger Gestaltungsraum immer mehr unter dem massiven Druck von SED und SMA eingeengt wurde und am Ende nur noch ein Scheinparlamentarismus blieb, der ganz entsprechend den Wünschen von SED und SMA zu funktionieren hatte. – Einziger kleiner Kritikpunkt an der ansonsten überzeugenden Studie: Zur Orientierung für den Leser wäre es günstig gewesen, im Anhang noch eine Übersicht über die Zusammensetzung der Parlaments- und Fraktionsvorstände anzufügen, ebenso Übersichten über die Zusammensetzung der Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen bzw. der Landesvorstände der SED einerseits bzw. der „bürgerlichen“ Parteien andererseits.

Michael Kitzing

QUELLE

**Informationsmittel (IFB)** : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=8166>